

Ulmer Initiative drängt zum Handeln

Umwelt Verbindliche Vorgaben für die Wirtschaft fordert eine Ulmer Initiative für mehr Klimaschutz in Kommunen.

Ulm. Ein Zusammenschluss von Politikern, Wissenschaftlern und Unternehmern um den ehemaligen Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner (SPD) fordert weitere Anstrengungen zum Klimaschutz auf kommunaler Ebene. Das Urteil des Bundesverfassungsgericht zum Klimaschutzgesetz, in dem die Richter aus Karlsruhe die Bundesregierung zu strengeren und präziseren Maßnahmen zum Klimaschutz verpflichtet hatten, ist nach Ansicht des Ulmer Initiativkreises für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung (UNW) auch ein Fingerzeig für regionale Akteure. „Die Kommunal- und Regionalpolitik hat eine große Bedeutung“, sagt Gönner, der Gründungsschirmherr des seit 1993 bestehenden Vereins ist. Ein Beispiel dafür sei etwa das Regio-S-Bahn-System für Ulm und Umgebung, um das seit Jahren gerungen wird. „Man braucht auch im ländlichen Raum guten Nahverkehr“, so Gönner.

Martin Müller, Leiter des Instituts für nachhaltige Unternehmensführung an der Uni Ulm, sieht weitere regionale Ansatzpunkte. „In Ulm heizen ein Drittel aller Haushalte noch mit Ölheizungen“, erklärt der Professor.

Diese sollten idealerweise durch Wärmepumpen ersetzt werden. Auch eine Änderung des Mobilitätsmixes, weg vom Auto, hin zu ÖPNV oder Fahrrad sei sinnvoll.

Mit Blick auf die Wirtschaft hält Müller vor allem verbindliche Vorgaben für wichtig, etwa bei der Steigerung des CO₂-Preises. „Ich höre von vielen Unternehmen, dass sie sich einen verlässlichen Pfad wünschen, der ihnen dann Planungssicherheit gibt“, sagt er. Unternehmen müssten sicher sein, dass sich teure Investitionen in klimafreundliche Produkte auch in Zukunft auszahlen.

Das sieht auch Werner Utz so, Aufsichtsratschef des Ulmer Chemieunternehmens Uzin Utz, das seit den 80er Jahren auf Nachhaltigkeit setzt und seit langem seine Klebstoffe ohne den Einsatz von Lösungsmitteln produziert. „Der Anstoß dafür war damals unsere schlechte Marktposition und kein Gutmenschentum“, erinnert sich Utz. Er sieht in der Wirtschaft noch großes Potenzial zum Klimaschutz. „Nach wie vor sehen 50 Prozent der Unternehmen keine Notwendigkeit, etwas zu tun.“

Von der Kommunalpolitik fordert der erfahrene Kommunalpolitiker Gönner mehr Mut und Durchsetzungsfähigkeit. „Ich halte viel von Mehrheitsentscheidungen“, sagt er. Bei den Zielen sei man sich im Lokalen oft einig, bei der Umsetzung gebe es dann sehr schnell Bürgerinitiativen, die sich gegen das konkrete Projekt engagierten. „Kommunalpolitiker müssen auch Verantwortung übernehmen und riskieren, im Zweifel abgewählt zu werden“, fordert Gönner. dna



FOTO: VOLKMAR KÖNIGKE

Setzt auf Klimaschutz in Kommunen: Ulms Ex-OB Ivo Gönner.